Linkes Echo

In dieser Ausgabe:

Zum Bundesparteitag *DIE LINKE.* in Bielefeld	Seite 3
Rede des Kreisvorsitzenden Eckhard Bauerschmidt zum 70. Jahrestag der Befreiung	Seite 4
Aktuelles aus dem Thüringer Landtag	Seite 7
Aus dem Arnstädter Rathaus	Seite 10

Infoblatt der Partei DIE LINKE. im Ilm-Kreis | 21. Jahrgang, Juni 2015 | Preis: Spende

So gesehen...

Was ist eigentlich Korruption? Dazu gehört mehr als nur Bestechung. Zum Beispiel gibt es korrupte Beamte, die sich an fremden Gütern bereichern, Leistungen in Anspruch nehmen, auf die sie keinen Anspruch haben oder Geld sogar direkt stehlen. Andere nutzen ihre Position, um Freunden und Verwandten einen unrechtmäßigen Vorteil zu verschaffen.

Korruption kann in jeder Organisation vorkommen. Aber offensichtlich ist Korruption im öffentlichen Sektor am stärksten ausgeprägt. Es gibt ein globales Korruptionsbarometer der Antikorruptions-Organisation Transparency International. Auf die Frage, welche Sektoren als besonders korrupt wahrgenommen werden, waren die fünf häufigsten Antworten: politische Parteien, Polizei, öffentlicher Dienst, Gesetzgebung und Justiz. Hier ein paar Beispiele, die das deutlich machen:

Afrika: Im Jahr 2013 wurde in Südafrika 22000 Beamten korruptes Verhalten zur Last gelegt.

„Bei uns unmöglich?“

Südamerika: im Jahr 2012 wurden in Brasilien 25 Politiker wegen Korruption verurteilt. Sie hatten öffentliche Gelder missbraucht, um Stimmen im Parlament zu kaufen. Unter den 25 Verurteilten war der ehemalige Kabinettschef, der zweithöchste Mann im Land.

„Bei uns unmöglich?“

Asien: Im Jahr 1995 starben in Seul (Südkorea) 502 Menschen, als ein Einkaufszentrum einstürzte. Die Stadtverwaltung war bestochen worden, damit Baufirmen minderwertigen Beton verwenden konnten und Sicherheitsstandards missachtet werden konnten.

„Bei uns unmöglich?“

Europa: Über Korruption in Europa sagte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström: „Das Ausmaß des Problems ist schockierend“. Sie fügte hinzu: „ Der politische Wille, die Korruption wirklich auszurotten, scheint zu fehlen“.

Korruption ist im öffentlichen Bereich und in Regierungskreisen tief verwurzelt. Laut Professorin Rose-Ackermann, Expertin für Korruptionsbekämpfung, würde eine Reform „fundamentale Änderungen der Arbeitsweise der Regierungen“ erfordern. Aber selbst wenn die Situation hoffnungslos aussieht: große Veränderungen sind möglich, wenn sie garantiert umgesetzt werden.

Aber: wenn die ganze Gesellschaft korrupt ist, ist dann jede Regierung, die aus dieser Gesellschaft durch Wahlen gebildet wird, zwangsläufig auch korrupt?

Eine Regierung wird in der Regel von ihren Bürgern finanziert, vor allem mit Steuern und Abgaben. Dieser Geldfluss verleitet manche im öffentlichen Dienst, sich daran zu bereichern.

Andere lassen sich von Personen bestechen, die ihre Steuer- und Abgabelast senken wollen. Dieser Geldfluss verleitet manche im öffentlichen Dienst, sich dann zu bereichern. Und das kann zu einem Teufelskreis führen. Die Steuern und Abgaben werden erhöht, um die entstandenen Verluste auszugleichen und das führt wiederum zu noch mehr Korruption. Die ehrlichen Bürger aber haben oft darunter zu leiden.

Der Kampf gegen die Korruption „muss ganz oben anfangen“. Eine Regierung verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie versucht, Korruption im öffentlichen Dienst auszumerzen, aber in den oberen Regierungskreisen nichts dagegen tut. Auch wenn sich ein Regierungschef noch so aufrichtig bemüht.

In vielen Ländern finden regelmäßig Wahlen statt. Das gibt den Bürgern theoretisch die Möglichkeit, korrupte Politiker aus ihrem Amt zu wählen. Leider sind Wahlen in der Praxis sehr anfällig für Korruption, auch in sogenannten Rechtsstaaten. Finanzstarke Geldgeber beeinflussen die Besetzung politischer Ämter durch Wahlspenden unangemessen. Eine solche Einflussnahme bedroht nicht nur die Rechtmäßigkeit und Qualität der Regierung, sondern auch das Vertrauen der Bürger in dieselbe. Liegt darin vielleicht die vielgenannte „Wahlmüdigkeit“ begründet?

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass neue Gesetze die Situation verbessern könnten. Aber ist es nicht so, dass mit steigender Zahl von Gesetzen oft auch die Möglichkeiten für Korruption zunehmen? Ist es nicht so, dass Antikorruptionsgesetze zu verabschieden und umzusetzen viel kostet aber nachweislich wenig bringt?

Die Motive hinter Korruption sind in der Regel Gier und Eigennutz. Das sieht man sowohl bei Beamten aber auch bei Bürgern. Um Korruption auszumerzen müssen Menschen also lernen, mit eingefleischten Wesenszügen wie Habgier und Egoismus zu brechen. Aber Regierungen fehlt sowohl der Wille als auch die Möglichkeit so etwas zu vermitteln.

Selbst unter den besten Umständen und mit der besten ethischen Bildung werden sich manche dafür entscheiden, unehrlich und korrupt zu sein. Ist das der Grund, warum es keine Regierung schafft, Korruption auszumerzen?

Manfred Zitzmann

Inhalt:

So gesehen	Seite 2
Änderungsantrag zum Leitantrag des Bundesparteitags in Bielefeld	Seite 3
Zum Bundesparteitag *DIE LINKE.* in Bielefeld	Seite 3
Rede des Kreisvorsitzenden Eckhard Bauerschmidt zum 70. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2015 in Langewiesen am Gedenkstein Knieberg	Seite 4
Einladung zur Kreismitgliederversammlung	Seite 6
Aktuelles aus dem Thüringer Landtag	Seite 7
Vorstellung des Buches „Russland verstehen“ von Gabriele Krone-Schmalz	Seite 9
Generations- und fraktionsübergreifender Protest gegen ThüGIDA in Arnstadt	Seite 10
Aus dem Arnstädter Rathaus	Seite 10
Gutachten bestätigt Wirtschaftlichkeit der Wohnungssanierungen „An der Weiße“	Seite 10
Keine komplette Bebauung der Klosterwiese in der Arnstädter Altstadt	Seite 11
Termine im Juni	Seite 12

.So sehr der Aufbruch, den viele Menschen mit der neuen griechischen Regierung verbinden, Hoffnung keimen lässt, so sehr treibt nicht weniger Menschen eine Sorge um: Im Osten Europas, in der Ukraine sind Tausende Opfer einer kriegerischen Auseinandersetzung geworden: Sie sind auf der Flucht, haben ihr Hab und Gut verloren, viele sogar ihr Leben. Das Minsker Abkommen II konnte die Lage etwas beruhigen, dennoch ist die Gefahr einer weiteren Eskalation noch nicht nachhaltig gebannt. Die Ukraine ist heute eine zutiefst gespaltene Gesellschaft, das ganze Land wurde Opfer von Interessen Dritter und einzelner Oligarchen. Die EU unter Führung Deutschlands zerrte mit ihrem Assoziierungsabkommen an der Ukraine, Russland mit seiner Zollunion. So verschärfte sich die soziale Krise in dem Land.

Das EU-Ukraine-Assoziierungs-abkommen war ein Auslöser der aktuellen Krise. Es bringt die Ukraine nicht nur geopolitisch in Rivalität zu Russland, es ist auch wirtschaftspolitisch neoliberal und wird zur weiteren Zerstörung der industriellen Basis der Ukraine und zur breiten Verarmung großer Bevölkerungsteile führen. Statt einer neoliberalen und konfrontativen Ostpolitik fordert DIE LINKE eine neue Ostpolitik, die auf Entspannung mit Russland, sowie auf Kooperationen mit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsperspektive setzt.

Einseitige Schuldzuweisungen insbesondere an Russland, wie es immer wieder in der Debatte in Deutschland der Fall ist, zeigen keinen Ausweg, bestenfalls sollen sie eigene Fehler der Vergangenheit verdecken. Die EU und Russland haben es versäumt, eine dauerhafte, tragfähige europäische Sicherheitsarchitektur auf den Weg zu bringen – aber sie wird nur kommen, wenn beide Seiten sie wirklich wollen.

Stattdessen dehnte sich die NATO stetig gen Osten aus. Die NATO mit ihrer Politik der Osterweiterung und die USA, die auf eine geopolitische Schwächung Russlands und die globale Expansion von US-Militärbasen setzen, haben wesentlich zum Krieg beigetragen. US-amerikanische Truppen bewegen sich demonstrativ durch an Russland grenzende NATO-Länder. Die NATO führt sehr viele Manöver in Osteuropa durch. Stützpunkte an Russlands Grenzen werden erweitert und neue Militärstrukturen werden dort geschaffen. Russland setzt im Gegenzug auch auf die Demonstration militärischer Stärke und verbleibt damit in der Logik der Eskalationsspirale.

Der Bürgerkrieg in der Ukraine wurde von beiden Seiten befeuert. So liefern die USA Waffen in die Ukraine und Ausbilder aus NATO- und EU-Staaten wie Großbritannien trainieren Angehörige der ukrainischen Armee und der Nationalgarde. Dass dabei die ukrainische Regierung offen mit Kräften kooperiert, die sich auf faschistische Traditionen berufen, ist völlig inakzeptabel. Wir, DIE LINKE, sind solidarisch mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Und auch Russland ist zu kritisieren, weil es zum Beispiel durch die Unterstützung der Separatisten an der militärischen Eskalation aktiv beteiligt ist. Zudem war die Einverleibung der Krim ein Bruch des Völkerrechts.

Militärisches Agieren kann kein Ausweg sein, es hat erst in die Krise geführt. Es gibt für uns keine Alternative zu Verhandlungen. Die aktuelle und die früheren Bundesregierungen tragen ihren Anteil an den Entwicklungen. Die Initiative der Bundeskanzlerin zu Minsk II kam spät, beinah zu spät, aber sie war richtig. Ein grundlegender Kurswechsel der Abkehr von geopolitischer Interessenpolitik hin zu einer europäischen Entspannungspolitik steht aus. Der Krieg in der Ukraine ist Teil einer tiefergreifenden Krise der alten Weltordnung. Die geopolitische Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsblöcken um Wirtschaftsräume, knappe Ressourcen und ihre militärische Absicherung verschärft sich. Eine wirkliche Friedenspolitik muss daher zugleich auf die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zielen.

Auch der Ukrainekonflikt zeigt, wie wichtig eine Weltfriedenskonferenz ist. Wir als LINKE wollen in diesem Jahr eine Friedenskonferenz gemeinsam mit VertreterInnen der Friedensbewegung und der Friedensforschung zum Thema einer neuen europäischen Friedens- und Entspannungspolitik durchführen.

F.d.R. Thomas Westphal
Leiter Team Gremien und Hausorganisation

Änderungsantrag zum Leitantrag des Bundesparteitags in Bielefeld

Zum Bundesparteitag *DIE LINKE.* in Bielefeld

Vom Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels sind es noch knapp zwei Wochen bis zur 3. Tagung des 4. Parteitages am 6./7. Juni 2015 in Bielefeld.

Die Delegierten des Parteitages haben mit den Antragsheften 1 und 2 bereits die wichtigsten Dokumente zu den Beratungen erhalten. Das Antragsheft 3 wird noch von der Antragskommission des Parteitages vorbereitet. Weitere Unterlagen, wie Sofort-Anträge, weitere Änderungsanträge und Erklärungen, die der Parteitag verabschieden möge, kommen noch auf die Tische der Delegierten. Wie immer viel Papier und genügend Arbeit für die Genossinnen und Genossen der Antragskommission, zu der unsere Genossin Sabine Berninger, aus dem Ilm-Kreis gehört.

Im Vorfeld dieses Parteitages gab es vom 23. bis 26. April in Berlin „Die Zukunftswoche“, mit über einhundert Gesprächsrunden in dessen Ergebnis die beiden Parteivorsitzenden, Katja Kipping und Bernd Riexinger ein Manifest der Öffentlichkeit vorstellten. Ein Arbeitskreis der Partei, bekannt unter dem Namen „Marx 21“ diskutierte aktuelle Fragen, zu Marx heute im Sinne von Zukunftsprojekten.

Aktuell in der Debatte ist der Antrag G.2. „Offener Brief der Delegierten des Bielefelder Parteitages der Partei DIE LINKE. Frieden statt NATO – Für eine Weltfriedenskonferenz“, der sich an Michail Gorbatschow wendet, die Initiative für die Einberufung einer Weltfriedenskonferenz zu ergreifen. Dieser Antrag hat gegenwärtig bereits über 1.800 Unterstützerinnen und Unterstützer aus der Partei und darüber hinaus. Der Antrag, für eine Weltfriedenskonferenz, hat bereits einen breiten Widerhall gefunden.

Sicher unter dem Ein-/Druck hat der Parteivorstand in seiner Beratung vom 10./11. Mai 2015, diese Initiative aufgegriffen und einen Änderungsantrag zum Leitantrag beschlossen, in dem es u.a. heißt: „ Im Osten Europas, in der Ukraine sind Tausende Opfer einer kriegerischen Auseinandersetzung geworden: Sie sind auf der Flucht, haben

Hab und Gut verloren, viele sogar ihr Leben. ... Militärisches Agieren kann kein Ausweg sein, es hat erst in die Krise geführt. Es gibt für uns keine Alternative zu Verhandlungen. Die aktuelle und die früheren Bundesregierungen tragen ihren Anteil an den Entwicklungen. ... Auch der Ukrainekonflikt zeigt, wie wichtig eine Weltfriedenskonferenz ist. Wir als LINKE wollen in diesem Jahr eine Friedenskonferenz gemeinsam mit VertreterInnen der Friedensbewegung und der Friedensforschung zum Thema einer neuen europäischen Friedens- und Entspannungspolitik durchführen.“ Nachfolgend der gesamte Text.

Zum Thema einer Weltfriedenskonferenz gibt es darüber hinaus weitere Anträge, so von Wolfgang Gehrcke u.a. Dieses Thema war ursprünglich nicht auf der Tagesordnung des Parteitages. Jedoch durch die oben genannte Initiative ist es nicht nur aus aktuellem Anlass, Thema des Parteitages geworden.

Der Leitantrag des Parteivorstandes an den Parteitag trägt die Überschrift und ist zugleich Inhalt: „Für eine starke LINKE – Für Solidarität und Frieden – Wahlerfolge 2016 sichern.“ Insofern passt sich die Erweiterung des Leitantrages zum Thema für eine Friedenskonferenz noch in diesem Jahr, gut ein. Er umfasst leider jedoch nicht, den gesamten Inhalt des Antrages „Offener Brief ...

Dem Parteitag liegt ein Antrag „Kommunalpolitische Leitlinien der Partei DIE LINKE.“ vor, an dem unser Genosse Frank Kuschel, aktiv mitgewirkt hat.

Bekannt ist die bereits gestartete Kampagne der Partei: „Das muss drin sein“, zu dem vom Parteivorstand auch ein Antrag eingereicht ist.

Der Parteivorstand hat ebenfalls Anträge zur Bundesfinanzordnung der Partei eingereicht.

Hierzu heißt es: „Die Partei und ihre Gliederungen verstärken ihre Anstrengungen zur Erhöhung der Beitragseinnahmen, mit dem Ziel, stärker als bisher die Eigenfinanzierung aller Landesverbände sicherzustellen, um mehr Mittel für die politische Arbeit und für Wahlkämpfe einsetzen zu können“. Dem liegt als Antrag eine Tabelle zur Veränderung der Mitgliedsbeiträge zur Beschlussfassung mit vor. Ein wichtiges, aber heiß umstrittenes Thema. Auch in unserem Kreisverband ringen wir um eine hundertprozentige und satzungsgerechte Beitragszahlung durch alle Mitglieder.

Wie immer werden es für die Delegierten anstrengende Tage. Zur Kreismitgliederversammlung am 19. Juni im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg werden unsere Parteitagsdelegierten, dazu einen Bericht mit den entsprechenden Schlussfolgerungen vorlegen.

Jochen Traut

Foto: Jakob Huber

Rede des Kreisvorsitzenden Eckhard Bauerschmidt zum 70. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 2015 in Langewiesen am Gedenkstein Knieberg

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Brandt,
liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

hier, am Eingang zum Knieberg steht dieser Gedenkstein, der daran erinnert, dass an dieser Stelle am 5. April 1945 vier KZ-Häftlinge von SS-Banditen ermordet worden sind. Dieter Gensecke, selbst Zeitzeuge jener Jahre, hat in bewegenden Worten daran erinnert.

Wir haben diesen Ort für diese Gedenkveranstaltung gewählt, weil es wichtig ist, selbst erlebtes dort zu verarbeiten, wo es geschehen ist und darüber zu berichten und weil es wichtig ist, daraus Lehren und Schlussfolgerungen zu ziehen.

2015 ist es dabei von besonderer Bedeutung, dass 70 Jahre nach Kriegsende immer weniger Zeitzeugen leben, die von damals berichten können. Denn es ist eine Erfahrung, nichts ist beeindruckender, als wenn Menschen, die das tatsächlich erlebt haben, darüber reden.

Das haben wir vor 10 Jahren eindrucksvoll bestätigt bekommen, als Gustaf Schliefke, Überlebender des KZ Auschwitz aus Ilmenau, über diese Zeit sprach. Und das haben wir im April dieses Jahres erleben können, als Pedro Mischtschuk zu Gast im Ilm-Kreis war, ukrainischer KZ-Häftling des Sonderlagers S III Ohrdruf im Jonastal, der unter barbarischsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten musste.

Er berichtete von seinen Erlebnissen gem-

einsam mit Oberst Dillert, der als amerikanischer Soldat im 2. Weltkrieg gegen die deutsche Wehrmacht kämpfte, und Albrecht Dürer aus Liebenstein, der als Schuljunge in den Apriltagen des Jahres 1945 Zeuge der Ermordung von 12 KZ-Häftlingen in seinem Dorf geworden ist, die sich auf dem Todesmarsch befunden haben.

Dieses Bild von 3 betagten aber rüstigen Männern, Arm in Arm, im Jonastal an den Eingängen zu den Stollen, das werde ich nie vergessen.

Und was mir aufgefallen ist: kein Hass auf Deutschland, bei keinem. Aber eine klare Botschaft: achtet die Würde der Menschen, geht friedlich miteinander um, lebt Toleranz und Nächstenliebe, lasst keine Kriege mehr zu!

Es gehört zur Erinnerungskultur, dass wir den 8. Mai als Tag der Befreiung in würdiger Form begehen. Er gehört zu unserem Leben. Er hat sich in unsere Geschichte eingebrannt.

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des 2. Weltkrieges in Europa. Als Gedenktag erinnert er jährlich an die tiefe Zäsur von 1945: den Neuanfang und die Befreiung von Krieg und Faschismus.

Heute ist der 8. Mai als Gedenktag für das Selbstverständnis der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken. Wir wissen: das war nicht immer so. Und selbst heute fällt es schwer, dieses Selbstverständnis gemeinsam zu begehen, so wie wir das heute in Langewiesen tun.

Im Westen tat man sich schwer mit diesem Tag. Symbolisierte der 8. Mai doch Befreiung und Niederlage zugleich und erinnerte damit auch an die große Schuld, die Deutsche auf sich geladen hatten. Das erschwerte bis in die 1980-er Jahre hinein die öffentliche Beschäftigung mit dem tiefsten Einschnitt in die deutsche Geschichte.

In der Erinnerungspolitik der DDR mit diesem Datum, war der 8. Mai politisch eindeutig besetzt als Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus durch die Rote Armee. Die DDR hat sich als antifaschistischer Staat definiert, der an der Seite der Sowjetunion zu den Siegern der Geschichte gehörte.

Eine verkürzte Darstellung, wie wir wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Frage nach eigener Schuld wurde nicht gestellt.

Und ohne die Verdienste der Sowjetunion und ihrer Roten Armee in irgendeiner Weise schmälern zu wollen: sie haben die größten Opfer gebracht und die Hauptlast des 2. Weltkrieges getragen. Aber an der Seite der Roten Armee haben in der Antihitlerkoalition amerikanische, französische und britische Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer Nationen gekämpft.

Ihnen allen wollen wir heute danken!

In unsere Städte und Dörfer, hier in Thüringen, hier im Ilm-Kreis haben amerikanische Soldaten im April 1945 Frieden und Befreiung gebracht.

In diesem Jahr begehen wir gemeinsam mit vielen Menschen in Europa und der ganzen Welt den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir erinnern daran: mehr als 55 Millionen Menschen fielen Naziterror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben.

Das darf nicht vergessen werden.

Altbundespräsident Richard von Weizäcker hat in seiner großen Rede am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag nicht nur diesen Tag als Tag der Befreiung gewürdigt als er sagte:

„Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft".

Er hat auch, auf das „Vergessen" bezogen, ausgeführt:

„Das Vergessenwerden verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung".

Um dieses „Vergessen" und „Erinnern" geht

es, meine sehr geehrten Damen und Herren. Richard von Weizäcker hat das „Erinnern" positiv besetzt und uns damit einen Auftrag gegeben.

Das ist eine erste Lehre. Wir dürfen das zwischen 1933 und 1945 in Deutschland geschehene nicht vergessen und wir wollen uns ganz bewusst - erinnern.

Wir wollen das heute auch mit dieser Veranstaltung klar stellen: wir wollen keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit. Wir wollen aus ihr lernen.

Aus ihr zu lernen heißt, die Irrtümer und Verfehlungen zu kennen, die in die Katastrophe geführt haben. Das heißt auch, um die Schuld der Vorfahren zu wissen, unserer Vorfahren.

Die SS-Angehörigen, die hier vor 70 Jahren 4 KZ-Häftlinge erschossen haben, waren Deutsche. Der 2. Weltkrieg dauerte ab diesem 5. April noch mehr als 4 Wochen. Mit äußerster Brutalität und Verbissenheit, mit Fanatismus hat sich das Naziregime der abzusehenden militärischen Niederlage entgegengestellt. Mit fast uneingeschränkter Unterstützung der Bevölkerung. Bis zu letzt! Es gab kein Aufbegehren, um ein Beispiel zu sagen: als der Stadtkommandant von Gotha, Josef Ritter von Gadolla, in Weimar am 5. April 1945 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden ist, auch da wurde nicht aufbegehrt, obwohl er nichts weiter „verbrochen" hatte, als die Stadt kampflos an amerikanische Truppen zu übergeben und sie so vor sinnloser Zerstörung gerettet hatte.

Das ist Teil unserer Geschichte. Zweifelsohne der grausamste.

Und eine zweite Lehre muss es sein: wir dürfen angesichts des unvorstellbaren Leids, das von Deutschland während des 2. Weltkrieges ausging und in Europa bis zum Ende, am 8. Mai 1945, anhielt, auch nicht der Versuchung erliegen, diese damit verbundene Schuld in irgendeiner Art und Weise zu relativieren. Diese Schuld war einzigartig. Das kann nicht relativiert werden. Durch nichts!

Was nicht heißt, liebe Freunde, dass wir nicht darüber reden dürfen.

Wir müssen über Flucht und Vertreibung reden. Auch darüber, dass nach dem 8. Mai 1945 die Spaltung Europas begann und 45 Jahre andauerte.

Aber wir dürfen damit nicht versuchen, uns von unserer Schuld rein zu waschen.

Und wenn ich noch eine dritte Lehre sagen kann: Deutschland hat, bedingt durch die Geschichte des 2. Weltkrieges, eine besondere Verantwortung, wenn es um den Osten unseres Kontinents geht. Bei aller Unterschiedlichkeit der Bewertung der Entwicklung in der Ukraine zwischen Russland und der europäischen Union. Der Bundesrepublik fällt die Verantwortung zu, in besonderer Weise dafür einzutreten, dass Frieden die wichtigste Maxime unseres Handelns sein muss.

Es wird dort keine militärische Lösung geben.

Mehr noch, der militärische Faktor darf dort und nirgends auf der Welt zum bestimmenden Instrument der Politik werden.

Sinn dieser Veranstaltungen, die heute aus Anlass des Tages der Befreiung im Ilm-Kreis stattgefunden haben, und natürlich auch der, hier in Langewiesen, sollte vor allem eine öffentlich wirksame Geste des Mitgefühls, der Solidarität und der Freundlichkeit sein, gerichtet an die von Deutschland überfallenen Völker, an die Familien der ermordeten, verschleppten und geschundenen

Zivilisten, an die Opfer und Hinterbliebenen des industriellen Massenmordes an den europäischen Juden, aber auch an die gefallenen, verkrüppelten und ermordeten Soldaten der Antihitlerkoalition, an Sowjetsoldaten der Roten Armee, an amerikanische GI, an Britten an Franzosen, an alle, die mit dazu beigetragen haben, Deutschland vom Faschismus zu befreien.
Danke für diese Tat!

Es ist an der Zeit, dass dieser Tag, der 8. Mai, 70 Jahre danach, in Deutschland oder zumindest in Thüringen ein gesetzlicher Gedenktag wird.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einmal den Satz von Richard von Weizäcker zitieren, weil dort in klarer Sprache auf den Punkt gebracht worden ist, worum es geht: „Das Vergessenwerden verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“.

In diesem Sinne, liebe Freunde, vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Eckhard Bauerschmidt

Einladung zur Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen, im Auftrag des Kreisvorstandes lade ich Euch zur Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE. Ilm-Kreis

am Freitag, dem 19. Juni 2015, 15.00 Uhr,
in das Hotel „Am Wald“, Elgersburg, Schmücker Str. 20

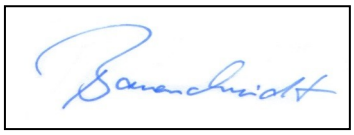
recht herzlich ein.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Auswertung Bundesparteitag und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit im Kreisverband
   Referent: Delegierte des Parteitages
3. Bilanz von ein Jahr rot-rot-grün im Kreistag des Ilm-Kreises. Schwerpunkte der weiteren Arbeit
   Referent: E. Bauerschmidt, Kreisvorsitzender
4. Bericht und Beschluss zur Finanzarbeit.
   Referent: Klaus Häßner, Schatzmeister
5. Diskussion und Beschlussfassung zu den Punkten 2 bis 4
6. Wahl von Delegierten zum Landesparteitag und von Mitgliedern für den Landesausschuss

DIE LINKE.
im Ilm-Kreis

.....
E. Bauerschmidt, Kreisvorsitzender



www.die-linke-ilmkreis.de

Aktuelles aus dem Thüringer Landtag

Die letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags fanden in der Zeit vom 27. bis 29. Mai statt. In der von der Fraktion DIE LINKE beantragten Aktuellen Stunde „Moderne Bildungspolitik jetzt: Frühkindliche Bildung für alle fördern!“ betonte Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion auch mit Blick auf den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag: Zur Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe und zur bestmöglichen Förderung von Anfang an unabhängig von Bildungsstand, Herkunft und Einkommen ebenso wie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind qualitativ hervorragende und gut ausgestattete Kindertagesstätten unverzichtbar. Hohe pädagogische Standards und qualifizierte Fachkräfte müssen im Bereich der frühkindlichen Bildung garantiert werden.

Die mit der Abschaffung des Thüringer Landeserziehungsgeldes frei werdenden Mittel werden für die Kita-Betreuung und in die Sicherung der Qualität in den Kindertagesstätten reinvestiert. Zudem soll die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen zielgenauer erfolgen. Im Zuge einer Reform des Kommunalen Finanzausgleichs werden die notwendigen Schritte dazu umgesetzt. Der Linksfraktion war es wichtig, dass aktuell im Thüringer Landtag das Thema der frühkindlichen Bildung diskutiert wird. Dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass das von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Gesetz zur Abschaffung des Landeserziehungsgeldes, das gegenwärtig in den Ausschüssen beraten wird, vor allem seitens der CDU massiv attackiert wird.

„Zu den Akten gelegt ist das Geschehen zum 1. Mai damit also nicht“

Die CDU hatte eine Aktuelle Stunde zum Thema „Sicherheitslücken bei Demonstrationen am ersten Maiwochenende in Saalfeld, Erfurt und Weimar – Fehler des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales bei der Bewertung der Sicherheitslage“ beantragt. Dazu berichtete der Mitarbeiter der Linksfraktion, Steffen Trostorff: „Die CDU hat zum wiederholten Mal deutlich gemacht, welch eigenartiges Verständnis sie von parlamentarischen Gremien und den Beratungsgängen im Parlament sie hat. Neben der Koalition und dem Innenministerium hatte nämlich auch die CDU-Fraktion eine Beratung der Vorgänge im Innen- und Kommunalausschuss in dessen Sitzung am 21.05., also eine Woche vor dem Plenartermin, beantragt. Noch bevor diese jedoch stattgefunden hatte, war seitens der CDU der Antrag zur Aktuellen Stunde eingereicht worden. Es ist der CDU also offenbar gleich, ob ein parlamentarischer Rahmen für die Aufarbeitung bereits existiert und es ist ihr auch gleich, welche Ergebnisse diese Beratungen vielleicht zeitigen mögen.

So barg die Aktuelle Stunde selbst denn auch wenig Überraschendes. Die meisten Fragen auch der CDU-Fraktion waren bereits im Rahmen der Ausschusssitzung durch die Landesregierung beantworten worden. Auch hatte der Innenminister eine weitergehende Aufklärung der Vorfälle insbesondere in Saalfeld zugesagt und einen Bericht im Ausschuss und auch gegenüber der Öffentlichkeit angekündigt. Im Gegensatz zu seinen Fraktionskollegen Mohring und Fiedler verzichtete der Abgeordnete Walk in seiner Rede darauf, in, wie Steffen Dittes für die LINKE formulierte, „schamloser Weise (zu) behaupten, der Übergriff in Weimar hätte mit V-Leuten verhindert werden können“. Allerdings unterstellte auch Walk, es habe eine Warnung durch den DGB vor dem Überfall in Weimar gegeben und vermutete hinter den offenkundigen Fehlern in Saalfeld ein Versagen bei der Einsatzplanung.

Tatsächlich waren in Saalfeld fast 100 Neonazis von der Polizei unbehelligt durch die Stadt gezogen und hatten mehrere Gegendemonstranten teils, erheblich verletzt. Anschließend durften sie, ohne polizeiliche Maßnahmen fürchten zu müssen, an der Demonstration des Dritten Wegs teilnehmen, aus der heraus fortwährend und ungeahndet Straftaten gegen Journalisten und Gegendemonstranten verübt wurden, während Polizeieinheiten damit beschäftigt waren, Gegendemonstranten von der Aufzugsstrecke fernzuhalten. Hier, und das betonten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen Dittes (LINKE), Marx (SPD) und Henfling (Grüne) einhellig, wurden offenkundig Fehlentscheidungen getroffen und sei eine umfassende Aufarbeitung und Fehleranalyse in Bezug auf Polizei, Kommunikation mit den Bundespolizeibehörden und vor allem auch der Versammlungsbehörde nötig. Andererseits erschließe sich aber nicht, wie von Planungsfehlern gesprochen werden könne, wenn zu Weimar keine Informationen vorlagen und neben Saalfeld in den anderen vier Großeinsätzen der Thüringer Polizei an diesem Maiwochenende die polizeilichen Einsatzkonzepte weitgehend aufgegangen seien.

Zu Weimar stellte der Innenminister Poppenhäger klar, dass es keine vorab vorliegende Warnung durch den DGB oder auch eine Behörde in Thüringen oder anderen Bundesländern gegeben habe. Die mittlerweile ermittelten 36 mutmaßlichen Täter kämen überwiegend aus den Ländern Brandenburg und Sachsen und seien so naturgemäß gar nicht im Fokus Thüringer Landesbehörden.

Dorothea Marx wies in diesem Zusammenhang auch nochmals auf die Unseriosität der Unterstellung seitens Mohrings und Fiedlers hin, indem sie darauf verwies, dass spätestens seit dem NSU-Untersuchungsausschuss bekannt sei, dass V-Leute in Naziorganisationen keineswegs eine Gewähr für Informationen über geplante Aktivitäten böten, und sie führte als Beispiel den von mehrheitlich VS-Spitzeln organisierten Hess-Gedenkmarsch 1996 in Worms an, der die Sicherheitsbehörden völlig überrascht hatte.

Steffen Dittes, der als einziger Redner ausdrücklich seine Anteilnahme für die in Saalfeld und Weimar durch Nazischläger Verletzten ausdrückte, verlieh seiner Erwartung Ausdruck, dass seitens des Innenministeriums nach Abschluss der vom Innenminister skizzierten internen Auswertung ein offener Dialog mit den Opfern und Akteuren des zivilgesellschaftlichen Bündnisses in Saalfeld selbst zu den Fehlern und daraus resultierenden Konsequenzen zu führen sei. Dies hatte der Innenminister bereits im Innenausschuss in Aussicht gestellt und kündigte noch vor der Sommerpause einen Bericht an. Zu den Akten gelegt ist das Geschehen zum 1. Mai damit also nicht.“

Susanne Hennig-Wellsow: Mohring muss sich dringend erklären!

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesparteivorsitzende, Susanne Hennig-Wellsow, hatte nach der Landtagsdebatte zum Gesetzentwurf DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Einführung eines Gedenktages für die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai“ den Fraktions- und Parteivorsitzenden der Thüringer CDU, Mike Mohring, aufgefordert, sich dringend und unzweideutig zu seinen Aussagen zur Wehrmacht zu erklären.

„Mohring muss sich erklären. Die Auffassung, die Wehrmacht sei im Zweiten Weltkrieg ´sauber geblieben´, ist absurd, widerspricht der Geschichtsforschung und bedeutet zu Ende gedacht Geschichtsrevisionismus. Spätestens mit der Ausstellung ´Verbrechen der Wehrmacht – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944´ und der breiten gesellschaftlichen Debatte darum kann und muss jeder um die Verbrechen der Wehrmacht wissen“, betonte Susanne Hennig-Wellsow.

Die LINKE-Politikerin weiter: „Die Wehrmacht verübte massenhaft aktiv Kriegs-

verbrechen und führte vor allem in Ost- und Südosteuropa einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Sie war unter anderem zentral am Völkermord an den sowjetischen Jüdinnen und Juden, an den Deportationen von Zwangsarbeitern, am Krieg gegen Partisanen, an der Ermordung von Geiseln und Kriegsgefangenen und an der Terrorisierung der Bevölkerung beteiligt. Wer heute den Mythos von der ´sauberen Wehrmacht´ weiter pflegt, macht sich der Geschichtsfälschung schuldig. Sollte Mohring der Meinung sein, die Wehrmacht sei im Zweiten Weltkrieg ´sauber´ geblieben, ist er für eine demokratische Partei und Fraktion nicht mehr tragbar. Ich hoffe aber, er erklärt noch heute unzweideutig, dass er die historischen Fakten kennt, die Wehrmacht nicht für ´sauber´ hält und keinen Zweifel am verbrecherischen Charakter der Taten der Wehrmacht hegt."

In der Landtagsdebatte um die Einführung des 8. Mai als Gedenktag rief Mike Mohring mit Blick auf die Wehrmacht und Wehrmachtssoldaten in die Rede der Abgeordneten Katharina König (DIE LINKE): „Das sind doch nicht automatisch alles Verbrecher! Genau das Gegenteil! Sie machen aus einer sauberen Wehrmacht eine Verbrecherwehrmacht!"

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag wird Herrn Mohring in den nächsten Tagen ein Exemplar des Buches „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944", herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung, zukommen lassen.

Annette Rudolph

Thüringern *fair* ändern!

Vorstellung des Buches „Russland verstehen“ von Gabriele Krone-Schmalz

Es ist ein aktuelles Buch in den Diskussionen um Krieg und Frieden, um Russland und die Ukraine. Es legt Hintergründe dar, von einer Journalistin, die viele Jahre in Russland gearbeitet und gelebt hat. Sie versteht „die Seele“ der einfachen russischen Menschen, die man verstehen muss, wenn man sowohl die Hintergründe als auch die täglichen Meldungen aus der Ukraine und Russland verfolgt. Es ist mehr als ein Konflikt zwischen der Ukraine und Russland.

Es geht um Macht sowohl der USA und der EU/NATO unmittelbar an den Grenzen von Russland.

Um das Interesse für dieses Buch zu wecken, um „Russland zu verstehen“ dazu einige kurze Texte aus den einzelnen Kapiteln des Buches. Ein Querschnitt.

Das aktuelle Buch:

„Russland verstehen - Der Kampf der Ukraine und die Arroganz des Westens“

Autorin: Gabriele Krone-Schmalz

Verlag C.H.Beck, München. 6. Auflage 2015. 176 Seiten

Vorwort. „Wie ist es um die politische Kultur eines Landes bestellt, in der ein Begriff wie >Russlandversteher< zur Stigmatisierung und Ausgrenzung taugt? Muss man nicht erst einmal etwas verstehen, bevor man es beurteilen kann? Verstehen heißt doch nicht automatisch für gut befinden. Wer etwas versteht, begreift Zusammenhänge, kennt Hintergründe und hat auf dieser Basis die Chance zu erklären, was vorgeht und warum.“ (Seite 7)

Darum geht es in diesem Buch. Verstehen, um erklären zu können.

Der Auftakt oder: wie alles anfing. „Haben sie einmal darauf geachtet, wie in Politik und Medien beim Thema Ukraine mit den Begriffen EU und Europa umgegangen wird? In gefühlten neunzig Prozent der Fälle müsste es EU und nicht Europa heißen. Aber diese Begriffe lösen Unterschiedliches aus, weil sie unterschiedlich besetzt sind. Platt formuliert: Europa stellt einen Wert dar, die EU eher Ärgernis und zunehmend ein Risiko. Es sind diese entlarvenden unterschwelligen Wertungen, die immer wieder zeigen, wie tief das negative Russlandbild sitzt.“ (Seite 14)

Mit zweierlei Maß – eine unendliche Geschichte. „Sprache kann so entlarvend sein: In Kiew hatten wir es mit einem Interimspräsidenten zu tun; auf der Krim hingegen mit einem illegitimen Ministerpräsidenten; und in der Ostukraine mit selbst ernannten Bürgermeistern. Wer definiert und entscheidet, ob es sich um Partisanen, Rebellen, Widerstands- oder Freiheitskämpfer handelt, um Aktivisten, Separatisten, Terroristen? Verharmlosung auf der einen – Dämonisierung auf der anderen Seite. Wir kritisieren Russland, wenn ukrainische Sender auf der Krim abgeschaltet werden. Wir ignorieren, wenn die Ukraine russische Sender abschaltet.“ (Seite 35)

Enttäuschte Hoffnungen – verpasste Chancen. (Seite 54) „ Es war eine politische Meisterleistung, die Sowjetunion im Wesentlichen ohne Blutvergießen aufzubrechen, doch statt den Prozess unterstützend zu begleiten, wurde dieser Teil der Erde auf die Verliererstraße geschickt. Es war kein Geheimnis, dass sich die Begeisterung der USA über ein gemeinsames europäisches Haus, in dem sich ganz Europa inklusive Russland einrichten würde, in Grenzen hielt. Nicht umsonst hat der langjährige Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski 1997 geschrieben: >Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien (...).Eurasien ist Schachbrett, auf dem Kampf um die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird<.“ (Seite 58)

Wie weitsichtig, wie aktuell, die EU/NATO hat nunmehr die Grenzen Russlands erreicht. Das Konfliktfeld heute: heißt Ukraine/Russland.

Die Idee vom Frieden. (Seite 89) „Ein Knackpunkt im Ost - West Verhältnis ist und bleibt die NATO bzw. die NATO-Osterweiterung. Schon 1993 stand das Thema auf der Agenda der USA. 1997 wurden die Verhandlungen mit Polen, Tschechien und Ungarn aufgenommen. Im März 1999 traten diese Staaten der NATO bei. 2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. 2009 schließlich Albanien und Kroatien. Im Westen will die Kritik daran kaum noch jemand hören: Es ist doch ein alter Hut, kann man in Moskau nicht endlich akzeptieren, dass es sich um die freie Entscheidung souveräner Staaten gehandelt hat.“ (Seite 95). Man kann es sicher schon deshalb nicht, da eine neue Militärmacht, die NATO nun an den Grenzen von Russland steht. Das Jahr 1941, der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, sitzt noch tief im Gedächtnis der russischen Menschen.

Die Ukraine, Russland und der Westen. „Im Dezember 1991 erklärt sich die Ukraine im Zuge der Auflösung der Sowjetunion für unabhängig. Wohin sollte sie sich wenden? Nach Westen, wo der Wohlstand zu liegen schien? Nach Russland, wohin die Bindungen aus den letzten Jahrhunderten wiesen und das durch die russische Sprache und eine starke russische Minderheit in der Ukraine verankert war? Musste sie überhaupt zwischen diesen beiden Optionen wählen? Angesichts ihrer Geschichte, ihrer inneren Zerrissenheit und ihrer geostrategischen Lage wäre es sicher besser für das Land gewesen, wenn ihm die Entscheidung erspart geblieben wäre. Letztlich hätte die Ukraine nur dann eine Chance auf eine Entwicklung gehabt, wenn es ihr gelungen wäre, eine Art Brückenfunktion zwischen Ost und West einzunehmen und sich dem Gezerre zu entziehen, das unmittelbar nach der Unabhängigkeit von allen Seiten einsetzte. Dass sich dabei die Motive auf keiner Seite in selbstloser Menschenfreundlichkeit erschöpften, muss nicht ausdrücklich betont werden.“ (Seite 116)

Der Kampf um die Ostukraine. (Seite 135)

„Wer hat eigentlich ein Interesse an einer Fehlwahrnehmung von Putins Absichten? Ganz gleich, von welcher Seite man sich dem >Problem< (Ost-) nähert – unideologisch und nüchtern läuft es immer wieder auf dasselbe hinaus. Außenpolitisch: Wäre Russland frühzeitig einbezogen worden, hätte es für den Krieg in der Ostukraine keine Grundlage gegeben. Innenpolitisch: Ernsthafte föderale Überlegungen hätten ihn ebenfalls vermeiden können, weil sie den Menschen in den östlichen (und südlichen) Landesteilen Sicherheit gegeben und eine Perspektive geboten hätten.“ (Seite 158)

Ausblick. „Wie sollen >wir< mit Russland umgehen? Was ist unser Interesse? Das deutsche, das europäische und das der westlichen Welt? Wenn wir auf die viel beschworenen Grundwerte unserer Außenpolitik Rücksicht nehmen – Völkerverständigung, Frieden, Wohlstandsmehrung -, dann müsste es lauten: Russland einbinden und gemeinsam so gut wie es geht für Frieden zu sorgen.“ (Seite 160) „Mit Blick auf die Sackgasse, in die sich der Westen ohne Not gebracht hat: Es wäre so einfach gewesen, *gemeinsam* an einer neuen Weltordnung zu bauen.“ (Seiten 163/164) Dem ist nicht mehr hinzufügen.

Zum Abschluss aus dem Klappentext, es ist leider ein Stück alltägliche Wahrheit: „Antirussische Vorbehalte haben in Deutschland eine lange Tradition und sind durch zwei Weltkriege verfestigt worden. Auch in der Ukraine – Krise lässt sich ihre Wirksamkeit beobachten.“

Jochen Traut

Generations- und fraktionsübergreifender Protest gegen ThüGIDA in Arnstadt

Ziemlich überraschend und kurzfristig erreichte die Arnstädter die Nachricht, dass ThüGIDA für den Abend des 18. Mai eine Kundgebung vor dem Arnstädter Rathaus plante.
Umso erfreulicher war, dass sich am entsprechenden Tag um 18Uhr ca. 200-250 Arnstädter im Bereich der kurzfristig organisierten Gegenkundgebung einfanden, um den etwa 160-190 ThüGIDA-Anhängern zu zeigen, dass Arnstadt keinen Bock auf rechtes Gedankengut und Menschenfeindlichkeit hat.
Die beiden Kundgebungen wurden durch die Polizei weitläufig über den halben Marktplatz getrennt. Das führte dazu, dass die Teilnehmer von ThüGIDA kaum erkannt werden konnten. Dennoch gelang es der Gegenkundgebung hervorragend, die Parolen und Reden der ThüGIDA-Anhänger durch das temperamentvolle Trommelspiel der Gruppe „Escola Popular“ der Musikschule sowie lautstarkes Pfeifen und Rufen zu übertönen.
Positiv ist außerdem anzumerken, dass auf Seite der Gegendemonstranten Bürger unterschiedlichster Altersklassen aus dem gesamten Ilm-Kreis anzutreffen waren sowie zahlreiche Vertreter politischer Parteien und Jugendverbände, verschiedene Organisationen, Stadtratsmitglieder der LINKEN, der SPD, des Bürgerprojekts und sogar von Pro Arnstadt, der Bürgermeister und die Landrätin. Das offene Mikrofon wurde von vielen Anwesenden genutzt, um den ThüGIDA-Anhängern deutlich zu machen, dass wir nichts von ihrem braunen Ungeist halten und Flüchtlinge eine Bereicherung für den Ilm-Kreis darstellen.
Fazit des Abends: wenn es um den Einsatz für Demokratie, Menschlichkeit und Weltoffenheit geht, sind die Bürger des Ilm-Kreises gerne bereit, kurzfristig am Montagabend solange friedlich zu demonstrieren, bis sich die ThüGIDA-Teilnehmer wieder verziehen, was knapp 3 Stunden dauerte. Gut so!

Carolin Rüffert

Aus dem Arnstädter Rathaus

Gutachten bestätigt Wirtschaftlichkeit der Wohnungssanierungen „An der Weiße“

Das Bauvorhaben zur Sanierung der Wohnungen „An der Weiße“ ruht seit nun über zwei Jahren. Zwar haben der Stadtrat und der Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (WBG) das Sanierungsvorhaben beschlossen, doch der 2012 neu gewählte Bürgermeister Alexander Dill (Der Unabhängige) hat bisher die Umsetzung verhindert. Der Bürgermeister begründete dies mit städtebaulichen Aspekten (er will diese Bauten nicht an der Grenze zur Altstadt), zu hohen Kosten und den Altschulden für die zwischenzeitlich abgerissenen Wohnungen in Rudisleben. Nach dem Willen des Bürgermeisters soll die WBG diese Altschulden bezahlen, obwohl es städtische Schulden sind. Müsste die WBG diese Schulden zahlen, fehlen diese Gelder für weitere Wohnungssanierungsmaßnahmen.

Mehrere Gutachten zum Vorhaben „An der Weiße“

2013/14 hat der Bürgermeister bereits mehrere Gutachten zu diesem Bauvorhaben in Auftrag gegeben. Die Kosten hierfür lagen bei über 20.000 EUR. Damit aber noch nicht genug. Vor Monaten wurde ein weiteres Gutachten zur WBG in Auftrag gegeben. Die Kosten, die die Mieterinnen und Mieter zu tragen haben, liegen bei nahezu 100.000 EUR.
Seit März 2015 liegt das Gutachten nun vor. Die Ergebnisse sind aber bisher nicht veröffentlicht. DIE LINKE hat deshalb für die

Stadtratssitzung am 4. Juni 2015 die Vorstellung der Ergebnisse des Gutachtens auf die Tagesordnung setzen lassen.

Weg für die Wohnungssanierung „An der Weiße“ frei?

Bisher ist bekannt, dass die Gutachter zum wiederholten Male die Wirtschaftlichkeit des Sanierungsvorhabens „An der Weiße“ nachgewiesen haben und auch dringend die Umsetzung empfehlen. Allerdings setzt das voraus, dass die Stadt weiterhin die Schulden für die ehemaligen Wohnungen in Rudisleben zahlt und nicht dafür die WBG zuständig macht.

Diese gutachterlichen Feststellungen bestätigen aber nur Fakten, die seit Jahren bekannt sind.

Bleibt der Bürgermeister bei seiner Ankündigung, die Schlussfolgerungen aus dem Gutachten auch ohne weitere Verzögerungen umzusetzen, müsste die Sanierung der Wohnungen „An der Weiße“ umgehend beginnen. Zudem müsste abschließend geklärt sein, dass die Stadt die Altschulden für die Wohnungen in Rudisleben zahlt und nicht die WBG.

DIE LINKE dringt darauf, dass der Bürgermeister sich in naher Zukunft zu den Ergebnissen des Gutachtens positioniert und dabei darlegt, wie es nun mit dem Projekt „An der Weiße“ weiter geht.

Frank Kuschel

Keine komplette Bebauung der Klosterwiese in der Arnstädter Altstadt

Die sogenannte Klosterwiese in der Arnstädter Altstadt zwischen der Ober- und Mittelgasse soll nach dem Willen der Stadtverwaltung vollständig mit Eigentumswohnungen durch einen privaten Investor bebaut werden. Damit würde die einzige öffentliche Fläche in diesem Stadtquartier vollständig privatisiert. Die Fläche war ursprünglich bebaut. Die dort befindlichen Gebäude wurden jedoch vor über 50 Jahren abgerissen.

Nur ein Investor will hier bauen

Der Verkauf der Flächen wurde von der Stadt öffentlich ausgeschrieben. Einen Wettbewerb gab es allerdings nicht. Nur ein Investor hat Interesse angemeldet. Und dieser Investor will hier so viele Eigentumswohnungen wie möglich errichten. Die architektonische Gestaltung der geplanten Bebauung ist dabei schon umstritten, sollen doch sowohl futuristische wie auch sehr schlichte Zweckbauten in unmittelbarer Nachbarschaft zu historischer Gebäudesubstanz gebaut werden.

Viel gravierender ist für DIE LINKE, dass das bisher öffentlich zugängliche Grundstück künftig nicht mehr für die Öffentlichkeit zugänglich sein soll.

LINKE will Teilfläche für öffentliche Nutzung

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag einer Bürgerinitiative, dass zumindest ein Teil der Fläche als öffentliche Ruhe- und Aufenthaltsfläche sowie für öffentliche und Anwohnerparkplätze erhalten bleibt. Diese Forderung lehnt die Stadtverwaltung derzeit ab. Die Stadt sieht für diesen Fall die Gefahr, dass der Investor von seinem Bauvorhaben absieht und die Bebauung damit scheitert. Die Fläche ständig baufrei zu halten, ist für DIE LINKE und die Anwohner auch eine Option. Gerade durch die Nähe zum Ober-/Unterkloster lässt es geboten erscheinen, hier eine öffentliche Grünfläche dauerhaft anzulegen.

Nicht nur Investoreninteressen dürfen zählen

Sollte die Fläche jedoch nicht bebaut werden, muss die Stadt nach Angaben der Stadtverwaltung Fördermittel an das Land zurückzahlen. Das Land hatte ursprünglich den Aufkauf der Grundstücke gefördert. DIE LINKE hält diese Fördermittelrückforderung durch das Land bei der dauerhaften Nichtbebauung der Fläche für eine theoretische Annahme, die aber kaum wahrscheinlich ist. Vielmehr stellt sich für DIE LINKE die Frage, weshalb die Stadtverwaltung ausschließlich die wirtschaftlichen Interessen des Investors vertritt.

Die Stadtverwaltung kann aber bisher auf die Zustimmung der anderen Stadtratsfraktionen für den vollständigen Verkauf der Grundstücke an den privaten Investor vertrauen. Nur DIE LINKE ist hier anderer Auffassung. Jetzt wird es darauf ankommen, dass auch die betroffenen Bewohner des Stadtquartiers für ihre Vorschläge kämpfen. Ein betroffener Anlieger ist bekanntermaßen auch der Bürgermeister.

Frank Kuschel

Verstärkung gesucht! Unser LE-Kollektiv sucht immer nach Menschen, die sich mit in die Erstellung des Infoblattes einbringen wollen. Leserbriefe, Artikel oder Fotos zu den unterschiedlichsten Themen werden immer wieder gerne genommen. Nicht zögern, melden. 0179 1211942 oder unter schneider.arnstadt@gmail.com

Termine im Juni

01.06.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Markt; Rathaus
01.06.15	19.00 Uhr	Stadtvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE.
02.06.15	18.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausklub
04.06.16	16.00 Uhr	Stadtrat. Arnstadt, Brauhausstraße 1-4; Stadthalle
06./07.06. 2015		Bundesparteitag DIE LINKE. Bielefeld, Willy-Brandt-Platz 1; Stadthalle
08.06.15	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße 14; Landratsamt
09.06.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE.
10.06.15	18.00 Uhr	Kreisvorstand. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE.
11.06.15	16.00 Uhr	Stadtrat. Ilmenau, Markt; Rathaus
16.06.15	18.00 Uhr	Stadtvorstand. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE.
19.06.15	15.00 Uhr	Kreismitgliederversammlung. Elgersburg, Schmücker Straße 20; Hotel „Am Wald“
22.06.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Markt; Rathaus
22.06.15	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße 14; Landratsamt
23.06.15	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; DIE LINKE.
24.06.15	14.00 Uhr	Kreistag. Arnstadt, Brauhausstraße 1-4; Stadthalle
25.06.15	10.00 Uhr	AG-Senioren. Arnstadt, Turnvater-Jahn-Straße 16; DIE LINKE.
26.06.15	18.00 Uhr	Öffentliche Veranstaltung. Gast: Heike Werner, Ministerin in der Thüringer Landesregierung. Ilmenau, Auf dem Stollen; Hochhausklub

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.

Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Thomas Schneider, Annette Rudolph, Jochen Traut und Carolin Rüffert verantwortlich. Anschrift der Redaktion: DIE LINKE Arnstadt, Turn-Vater-Jahn – Straße 16, Tel.: 03628/602795; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint im Juli 2015. Auch im Netz unter: **http://www.die-linke-ilmkreis.de**